

des Kriegskurses der westdeutschen Machthaber; Bekanntlich ist die Adenauer-Regierung heute die einzige Regierung in der Welt, die territoriale Forderungen an andere Staaten stellt. Jeder Versuch einer Grenzrevision aber ist gleichbedeutend mit einem neuen Krieg.

Es gibt für die Gebietsansprüche der westdeutschen Militaristen keinerlei Rechtsgrundlage. Im Gegenteil, die heutigen Grenzen Deutschlands sind sowohl im Potsdamer Abkommen gezogen als auch in späteren internationalen Abmachungen bestätigt worden. Sie schränken nicht im geringsten die Souveränität des deutschen Volkes ein.

Adenauer und seine Clique verstehen jedoch unter nationaler Souveränität das Recht der stärkeren Nation, schwächere Nationen zu unterdrücken und auszuplündern. Zu dieser Art Souveränität gehört auch das „Recht“, Krieg zu führen. Eine solche „Souveränität“, ein solches „Recht“ widerspricht aber dem Lebensinteresse des deutschen Volkes.

Es kann keine wirkliche Souveränität für das Volk geben, solange der deutsche Militarismus das eigene Volk und andere Völker bedroht. „Eine Nation kann nicht frei werden und zugleich fortfahren, andere Nationen zu unterdrücken“, schrieb Friedrich Engels im Jahre 1847. Und an die Vorläufer der Adenauer-Regierung stellte Karl Marx im Jahre 1848 die Frage: „Wie wollt ihr demokratisch auftreten nach außen, solange die Demokratie im Inland geknebelt ist?“ Das höchste Prinzip der Souveränität einer Nation, ihr höchstes Recht besteht darin, den Frieden zu sichern, das Volk gegen alle Anschläge der Imperialisten zu schützen. Diese Souveränität ist in der Deutschen Demokratischen Republik bereits vorhanden und sie wird eines Tags die Souveränität der ganzen deutschen Nation sein.

Beschneidet der Vertragsentwurf der Sowjetunion die Souveränität, weil er vorsieht, daß Deutschland nicht an Militärbündnissen teilnehmen kann und seine Rüstungen beschränken muß? Welche Folgen hätten diese Bestimmungen? Westdeutschland wird befreit von den unheilvollen Bindungen an die aggressive NATO und erhält die Souveränität für eine Friedenspolitik. Die Grenze zwischen dem NATO-Militärblock und dem Warschauer Vertrag verläuft nicht mehr durch Deutschland; denn die DDR tritt dann auch aus dem Warschauer Pakt aus. Mit dem Verbot von Atom- und Raketenwaffen für Deutschland wird der Anfang für eine atomwaffenfreie Zone in Europa gemacht. Atom- und Raketenwaffen müßten raus aus Westdeutschland und die Bevölkerung wäre befreit von dieser Bedrohung, indem Deutschland keine Massenvernichtungswaffen, Bombenflugzeuge und Unterseeboote hat, würde es einen Anfang machen, für die Einschränkung der Rüstungen, für die Entspannung. Es würde frei sein von dem Druck des Wettrüstens, das die Imperialisten zur Richtschnur ihrer Politik machen. An die Stelle des Kriegsherdes Westdeutschland würde ein friedliches Deutschland treten. — Was viele Menschen manchmal noch als Beschneidung der Souveränitätsrechte betrachten, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Einschränkung und Bändigung der Militaristen und Faschisten, diese aber nützt in erster Linie dem deutschen Volk selbst. Der Friedensvertrag gäbe dem deutschen Volk auch in Westdeutschland endlich die Möglichkeit, frei von militärischem Druck, frei von Bindungen an militärische Blocks, seine innere Ordnung in nationaler Freiheit nach seinen Interessen zu gestalten.

Die Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages würde das Vertrauen der übrigen Völker zum deutschen Volk festigen und die Entfesselung eines Atomkrieges in Europa unmöglich machen;

Willi D a u / Horst N e b e l / Werner S t r a u ß